

## **Antrag**

**der Abg. Lars Patrick Berg u. a. AfD**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Inneres,  
Digitalisierung und Migration**

### **Extremistische Positionen im „Linken Zentrum Lilo Herrmann“ in Stuttgart – ein Sammelbecken für Strukturen der Gewalt?**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. ob es sich ihrer Kenntnis nach bei den mutmaßlichen Linksextremisten, welche am 5. September 2017 gegen 21.40 Uhr Mitglieder der Alternative für Deutschland körperlich angriffen, um Teilnehmer der G20-Krawalle in Hamburg 2017 handelt;
2. ob ihr bekannt ist, ob die vorbezeichneten mutmaßlich linksextremistisch eingestellten Täter zu den Gästen des „Linken Zentrums Lilo Herrmann“ in Stuttgart zählen;
3. welche Kenntnisse sie über linksextremistische oder linksradikale Umtriebe im „Linken Zentrum Lilo Herrmann“ in Stuttgart hat;
4. ob sie Kenntnisse darüber hat, dass Besucher des vorgenannten Zentrums öfters in Straf- und Gewalttaten verstrickt sind;
5. ob sie eine Durchsuchung des vorgenannten Zentrums nach Waffen und Rauschgift für angemessen hält;
6. ob ihrer Kenntnis nach die „Interventionistische Linke“ im vorgenannten Zentrum Gelder für Waffen und den „Kampf in Rojava“ sammelt;
7. welche öffentlichen Fördermittel (darunter zählen auch Mieterlass oder Sachzuwendungen) ihrer Kenntnis nach 2016 und 2017 das „Linke Zentrum Lilo Herrmann“ bezog bzw. bezieht;
8. aus welchem Grund ihrer Kenntnis nach das vorgenannte Zentrum nicht im Verfassungsschutzbericht namentlich erwähnt wird;

9. welche Kenntnisse sie über die Nutzung des Zentrums durch die Partei „Die Linke“ und deren Vorfeld- und Unterorganisationen hat;
10. ob ihrer Kenntnis nach das genannte Zentrum ein Ort ist, in welchem Gewalt- und Straftaten vorbereitet werden.

07. 09. 2017

Berg, Dr. Meuthen,  
Dürr, Palka, Stauch AfD

#### Begründung

Am 5. September 2017 wurden um 21:40 Uhr zwei Plakatierer der Alternative für Deutschland (AfD) am Erwin-Schöttle-Platz im Stuttgarter Süden aus dem Hinterhalt angegriffen und mit dem Tode bedroht. Ein maskierter Mob von ca. zwölf verummten Personen rannte auf die arglosen jungen Männer zu. Sie schrien: „Nazis, euch bringen wir alle um“. Der Ingenieur und der Maschinenbaumeister wurden umzingelt, in eine Ecke gedrängt und mit Schlägen traktiert. Die beiden konnten sich wehren und so Schlimmeres verhindern. Glücklicherweise gelang es einem dritten Plakatierer, einen Notruf abzusetzen. Die alarmierte Polizei war schnell vor Ort und konnte die Personalien der Angreifer feststellen. Die Verletzten erstatteten Anzeige.

Unter den Angreifern soll sich auch ein Mitglied der Linksjugend „solid“, der Jugendorganisation der Linkspartei, befunden haben. In fußläufiger Entfernung zum Tatort befindet sich das „Lilo Hermann Haus“. Dieses weist auf seiner Netzpräsenz eine erhebliche Nähe zu linksextremistischen Organisationen wie dem „Antifaschistischen Aktionsbündnis Stuttgart und Region“ (AABS) und der „Roten Hilfe“ aus. Beide Organisationen werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Die „Rote Hilfe“ unterstützt linke Straftäter offen und wirbt dafür, dass diese sich nicht der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zuwenden, sondern in ihrem Extremismus bestärkt werden.

Im Juli waren 40 Stuttgarter Linksextremisten beim G20-Gipfel in Hamburg dabei, berichteten die Stuttgarter Nachrichten. Drei von ihnen wurden in Haft genommen. In Hamburg wird jetzt über die Schließung der Roten Flora nachgedacht, in Freiburg wurden bei der Durchsuchung des linken Zentrums KTS, Waffen gefunden. Linke Gewalt breitet sich nach Beobachtung der Antragssteller in Baden-Württemberg aus.

## Stellungnahme

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2017 Nr. 4-1082.1/177/ nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Soziales und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

- 1. ob es sich ihrer Kenntnis nach bei den mutmaßlichen Linksextremisten, welche am 5. September 2017 gegen 21.40 Uhr Mitglieder der Alternative für Deutschland körperlich angriffen, um Teilnehmer der G20-Krawalle in Hamburg 2017 handelt;*
- 2. ob ihr bekannt ist, ob die vorbezeichneten mutmaßlich linksextremistisch eingestellten Täter zu den Gästen des „Linken Zentrums Lilo Herrmann“ in Stuttgart zählen;*

Zu 1. und 2.:

Das Polizeipräsidium Stuttgart ermittelt wegen des Vorfalls am 5. September 2017 in Stuttgart-Süd unter der Sachleitung der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen gefährlicher Körperverletzung. Die polizeilichen Ermittlungen dauern an. Weitere Erkenntnisse im Sinne der Anfrage liegen nicht vor.

- 3. welche Kenntnisse sie über linksextremistische oder linksradikale Umtriebe im „Linken Zentrum Lilo Herrmann“ in Stuttgart hat;*

Zu 3.:

Das „Linke Zentrum Lilo Herrmann“ dient unterschiedlichen linksextremistischen Organisationen als Anlaufstelle. Es liegen Erkenntnisse vor, dass die als linksextremistisch einzustufenden Gruppierungen „Rote Hilfe e. V.“, „Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung (OTKM)“, „Antifaschistisches Aktionsbündnis Stuttgart und Region (AABS)“ und die linksextremistische „Deutsche Kommunistische Partei (DKP)“ Stuttgart im „Linken Zentrum Lilo Herrmann“ Veranstaltungen ausrichten. Das AABS, das OTKMS und die „Rote Hilfe e. V.“ treffen sich dort im monatlichen Turnus. Die DKP Stuttgart verweist in ihrer Kontaktanschrift auf das Objekt in der Böblinger Strasse 105.

- 4. ob sie Kenntnisse darüber hat, dass Besucher des vorgenannten Zentrums öfters in Straf- und Gewalttaten verstrickt sind;*

Zu 4.:

Es liegen keine personenbezogenen Daten zu den Besuchern des „Linken Zentrums Lilo Herrmann“ vor.

- 5. ob sie eine Durchsuchung des vorgenannten Zentrums nach Waffen und Rauschgift für angemessen hält;*

Zu 5.:

Bei Vorliegen von konkreten Hinweisen auf Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Straftaten führt die Polizei Baden-Württemberg Maßnahmen der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung durch. Das kann ggf. auch Durchsuchungsmaßnahmen umfassen.

6. ob ihrer Kenntnis nach die „Interventionistische Linke“ im vorgenannten Zentrum Gelder für Waffen und den „Kampf in Rojava“ sammelt;

Zu 6.:

Den Sicherheitsbehörden liegen keine Erkenntnisse über Geldsammlungen für Waffen und den „Kampf in Rojava“ im „Linken Zentrum Lilo Herrmann“ vor.

7. welche öffentlichen Fördermittel (darunter zählen auch Mieterlass oder Sachzuwendungen) ihrer Kenntnis nach 2016 und 2017 das „Linke Zentrum Lilo Herrmann“ bezog bzw. bezieht;

Zu 7.:

Das „Linke Zentrum Lilo Herrmann“ ist Teil des sog. „Miethäuser Syndikat“ und befindet sich nicht in staatlichem Eigentum. Der Landesregierung ist nicht bekannt, dass das „Linke Zentrum Lilo Herrmann“ 2016 und 2017 öffentliche Fördermittel des Landes oder der Stadt Stuttgart bezogen hätte.

8. aus welchem Grund ihrer Kenntnis nach das vorgenannte Zentrum nicht im Verfassungsschutzbericht namentlich erwähnt wird;

Zu 8.:

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) erwähnt in seinen jährlichen Verfassungsschutzberichten regelmäßig nicht alle „Linken Zentren“ in Baden-Württemberg. Eine Erwähnung einzelner Zentren erfolgt je nach Bedeutung der dort stattfindenden Veranstaltungen sowie den Ereignissen und Schwerpunkten im jeweiligen Berichtsjahr.

9. welche Kenntnisse sie über die Nutzung des Zentrums durch die Partei „Die Linke“ und deren Vorfeld- und Unterorganisationen hat;

Zu 9.:

Die Partei „DIE LINKE“ wird in ihrer Gesamtheit nicht vom LfV beobachtet. Die Beobachtung beschränkt sich auf offen extremistische Strömungen, Zusammenschlüsse und Teilstrukturen innerhalb der Partei. Erkenntnisse, wonach diese das „Linke Zentrum Lilo Herrmann“ in der Vergangenheit genutzt haben, liegen dem LfV nicht vor.

10. ob ihrer Kenntnis nach das genannte Zentrum ein Ort ist, in welchem Gewalt- und Straftaten vorbereitet werden.

Zu 10.:

Den Sicherheitsbehörden liegen keine Erkenntnisse über Planungen von Gewalt- und Straftaten im „Linken Zentrum Lilo Herrmann“ vor. Allerdings finden im „Linken Zentrum Lilo Herrmann“ regelmäßig Mobilisierungsveranstaltungen für linksextremistische oder linksextremistisch beeinflusste Veranstaltungen statt, auch solche der gewaltorientierten Szene.

Im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf 2017 kam es in räumlicher Nähe zum „Linken Zentrum Lilo Herrmann“ in jüngster Zeit zu zwei Ereignissen. Am 5. September 2017 hängten vier Männer Wahlplakate der AfD in Stuttgart-Heslach auf. Aufgrund der räumlichen Nähe zum „Linken Zentrum Lilo Herrmann“ empfand die ansässige linksextremistische Szene dies als gezielte Provokation. In der Folge rannten ca. 20 verummte Personen auf die AfD-Mitglieder zu und forderten sie unter Drohungen auf zu verschwinden. Dabei drängte die Gruppe einen der Männer in eine Hofeinfahrt, woraufhin er körperlich angegangen wurde. Einem weiteren Geschädigten wurde mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

Am 6. September 2017 hängten erneut mehrere Personen Wahlplakate der AfD gegenüber dem „Linken Zentrum Lilo Herrmann“ auf. Dies wurde von Angehörigen der linksextremistischen Szene beobachtet, woraufhin es zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen kam. Dabei wurde von den Angehörigen der AfD ein Tierabwehrspray, eine Stange und nach Angaben der Szene auch eine Schreckschusswaffe eingesetzt.

Strobl

Minister für Inneres,  
Digitalisierung und Migration